

C.6 BKB-Selbstdекlaration der Unternehmung



Beschaffungskommission des Bundes
Commission des achats de la Confédération
Commissione degli acquisti della
Confederazione Federal Procurement
Commission

Einhaltung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitsschutzbestimmungen sowie der Lohngleichheit von Frau und Mann: Erklärung der Anbieterin oder des Anbieters

- 1 Hiermit bestätige ich als Mitglied der Geschäftsleitung, dass unser Unternehmen
- 2 Name und Adresse:
sowie die von uns beigezogenen Subunternehmer/Innen oder Unterlieferant/Innen für
Leistungen in der Schweiz die nachfolgend aufgeführten Arbeitsbedingungen,
Arbeitsschutzbestimmungen sowie die Lohngleichheit von Frau und Mann einhalten:

Arbeitsbedingungen: Als Arbeitsbedingungen gelten die Gesamtarbeitsverträge und die
Normalarbeitsverträge und, wo diese fehlen, die tatsächlichen orts- und berufsüblichen
Arbeitsbedingungen.

Arbeitsschutzbestimmungen: Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel
(Arbeitsgesetz; SR. 822.11) sowie Bundesgesetz über die Unfallversicherung
(Unfallversicherungsgesetz; SR 832.20).

Lohngleichheit von Frau und Mann: Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann
(Gleichstellungsgesetz; SR. 151.1).

- 3 Von den Informationen für die Anbieterinnen und Anbietern auf der Rückseite dieses
Formulars habe ich Kenntnis genommen.

Ort und Datum

Rechtsgültige Unterschrift

Dieses Dokument ist bei der ausschreibenden Stelle einzureichen.

Sekretariat BKB
Holzikofenweg 36, 3003 Bern, Schweiz
Tel. +41 31 325 50 10, Fax +41 31 325
50 09
bkb@bbl.admin.ch
www.beschaffung.admin.ch

Einhaltung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitsschutzbestimmungen sowie der Lohngleichheit von Mann und Frau – Informationen für die Anbietenden

3.1 Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzlichen Grundlagen für diese Selbstdeklaration finden sich in Art. 8 des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB; SR 172.056.1) sowie in Art. 6 und 7 der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen (VöB; SR. 172.056.11).

Die Auftraggeberin vergibt den Auftrag für Leistungen in der Schweiz nur an Anbietende, welche die Einhaltung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitsschutzbestimmungen sowie der Lohngleichheit zwischen Frau und Mann gewährleisten. Die Einhaltung dieser Bedingungen begründet keinen Anspruch auf die Vergabe eines öffentlichen Auftrags. Ziel dieser Norm ist die Sicherung sozialer Errungenschaften, die Wahrung des Arbeitsfriedens sowie die Verhinderung unerwünschter sozialpolitischer Auswirkungen. Wettbewerbsverzerrungen unter Anbietenden sollen verhindert werden. Arbeit-gebende, welche die oben genannten Bestimmungen einhalten, dürfen gegenüber denjenigen, die sie nicht respektieren, nicht benachteiligt werden.

3.2

3.3 Subunternehmen und Zulieferbetriebe

Die Anbietenden verpflichten Subunternehmen und Zulieferbetriebe vertraglich zur Einhaltung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitsschutzbestimmungen sowie der Lohngleichheit von Frau und Mann gemäss Art. 8 BöB, Art. 6 VöB sowie den AGB des Bundes. Zu diesem Zweck können die Anbietenden zum Beispiel eine Selbstdeklaration unterzeichnen lassen, die im Falle einer Kontrolle der Kontrollbehörde vorzulegen ist.

3.4

3.5 Kontrollen

Die Auftraggeberin behält sich vor, die Einhaltung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitsschutzbestimmung sowie der Lohngleichheit von Frau und Mann kontrollieren zu lassen (Art. 8 Abs. 2 BöB).

Die Auftraggeberin kann die Kontrolle der Arbeitsbedingungen an die paritätisch zusammengesetzte Organisation der Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden delegieren, sofern eine solche besteht. Die Überprüfung der Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen obliegt den im Arbeitsgesetz und im Unfallversicherungsgesetz vorgesehenen Vollzugsorganen. Die Überprüfung der Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf den Lohn obliegt dem Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG).

Wichtig: Bei der Durchführung der Kontrollen der oben genannten Bestimmungen wird die Einhaltung jeder einzelnen arbeitsvertraglichen Regelung separat geprüft. Die Nichteinhaltung einer einzelnen Bestimmung kann nicht mit der Überschreitung des Minimalstandards in einem anderen Bereich kompensiert werden.

Mitwirkungspflicht, Rechtsschutz und Sanktionen Die Anbieterin oder der Anbieter ist verpflichtet, die für die Kontrolle notwendigen Daten zur Verfügung zu stellen. Für die Kontrolle der Einhaltung der Lohngleichheit von Frau und Mann handelt es sich um die individuellen, anonymisierten Lohndaten.

Bei Verletzung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsschutzbestimmungen wird dies der Anbieterin oder dem Anbieter von der Auftraggeberin mittels Verfügung eröffnet. Die Anbieterin oder der Anbieter kann gegen die Verfügung innert 20 Tagen nach deren Eröffnung Beschwerde bei der Eidg. Rekurskommission für das öffentliche Beschaffungswesen, Lausanne, einreichen.

- Ausserdem kann die Auftraggeberin den Zuschlag widerrufen oder den Anbieter vom laufenden Beschaffungsverfahren ausschliessen (Art. 11 BöB) und/oder
- gemäss allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bundes (AGB) die Verhängung einer Konventionalstrafe verlangen (Art. 6 Abs. 5 VöB) sowie
- den Anbieter vom Einladungsverfahren ausschliessen.
- Bei Verletzung der Lohngleichheit von Frau und Mann wird das EBG
- zusammen mit der Anbieterin oder dem Anbieter Ziele und Massnahmen vereinbaren, die zur Umsetzung der Lohngleichheit von Frau und Mann führen und
- zu einem vereinbarten Zeitpunkt die Erreichung der Ziele und Umsetzung der Massnahmen überprüfen.

Sofern die zwischen dem EBG und der Anbieterin oder dem Anbieter vereinbarten Massnahmen nicht eingehalten werden, kann die Auftraggeberin dieselben Massnahmen ergreifen wie bei Verletzung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsschutzbestimmungen.

Anbieterinnen und Anbieter, die Art. 8 BöB verletzt haben, werden zu öffentlichen Vergaben des Bundes wieder zugelassen, wenn eine Bestätigung des Berufsamtes vorliegt, dass der Anbieter oder die Anbieterin die Arbeitsbedingungen einhält;

- wenn die im Arbeitsgesetz bzw. im Unfallversicherungsgesetz vorgesehenen Vollzugsorgane bestätigen, dass der Anbieter
- oder die Anbieterin die Arbeitsschutzbestimmungen einhält;
- wenn das EBG bestätigt, dass die Anbieterin oder der Anbieter die vereinbarten Massnahmen erfolgreich umgesetzt hat.

3.6 **Kein Zwang zum Beitritt zum GAV**

Die öffentlichen Beschaffungsstellen verlangen von den Anbieterinnen und Anbietern keinen Beitritt zum nicht-verbindlich erklärten GAV. Es wird lediglich die Einhaltung der arbeitsvertraglichen Bestimmungen des GAV verlangt, um unsoziale Wettbewerbsverzerrungen unter den Anbieterinnen und Anbietern zu verhindern.

3.7 **Änderungen des GAV?**

Schliessen die Sozialpartner einen neuen GAV ab, so sind dessen arbeitsvertraglichen Bestimmungen Inhalt der Kontrollen.

Fragen? Bitte wenden Sie sich an die Beschaffungskommission des Bundes (BKB), Holzikofenweg 36, 3003 Bern. E-Mail: bkb@bbl.admin.ch.

Sie wünschen weitere Informationen über das Beschaffungswesen des Bundes:
www.beschaffung.admin.ch